

**TT Online Auktion**

Mitbieten und bis zu 50% auf neue Produkte sparen!



# Tiroler Tageszeitung

ONLINE

ÜBERBLICK TIROL POLITIK WIRTSCHAFT PANORAMA SPORT LEBENSART AUKTION

TT.COM > SPÖ-BAYR: INTERNATIONALE KONZERNE WOLLEN KEINEN FRIEDEN IN KOLUMBIEN

Letztes Update am Mo, 14.11.2016 14:55 APAOnlineticker / Tiroler Tageszeitung Onlineausgabe

## SPÖ-Bayr: Internationale Konzerne wollen Kolumbien

ARTIKEL

DISKUSSION



Bogota (APA) - In einem neuen Anlauf für einen Friedensschluss in Kolumbien haben die Regierung und die FARC-Guerilla am Wochenende ein überarbeitetes Abkommen vereinbart. Dass der ursprüngliche Vertrag in einem Referendum Anfang Oktober überraschend abgelehnt worden war, lag auch im Interesse internationaler Konzerne, meinte die SPÖ-Sprecherin für globale Entwicklungen, Petra Bayr, am Montag gegenüber der APA.

Bayr hatte sich jüngst im Zuge einer „Fact Finding Mission“ der belgischen NGO „Coordination Belge Colombie“ in dem lateinamerikanischen Land aufgehalten und mit politischen Beobachtern und NGOs sowie Experten über den vorerst gescheiterten Friedensprozess gesprochen. Am Montag stellte Bayr fest: „Aufgrund diverser Freihandelsverträge sind immer mehr internationale Konzerne, viele davon im Agrarbereich, in Kolumbien aktiv. Nachdem der Friedensvertrag, offensichtlich auch in der jetzt neu

verhandelten Fassung, unter anderem auch die Restitution von Land vorsieht, haben viele dieser Konzerne kein Interesse an einem Zustandekommen und haben offensichtlich viel Geld in die Nein-Kampagne investiert.“

Sie würden so unter Umständen in die Lage kommen, „das von ihnen widerrechtlich besetzte Land an die ursprünglichen Besitzer zurückgeben zu müssen“, erklärte Bayr. Wortführer der „No“-Bewegung war der Vorgänger und ehemalige Förderer des für sein Engagement mit dem Friedensnobelpreis geehrten Präsidenten Juan Manuel Santos, Alvaro Uribe. Bayr: „Uribe hat Santos den Erfolg nicht gegönnt und daher die Front der Gegnerinnen und Gegner angeführt.“ Es dürfte generell eine Menge Missinformation in den Kampagnen gewesen sein, hielt die SPÖ-Sprecherin fest. „So wurde offensichtlich Angst ums eigene Vermögen geschürt.“

Außerdem sei es den Gegnern gelungen, eine Stimmung herzustellen, „die das Gefühl geschaffen hat, wenn man für den Friedensvertrag stimmt, dann stimmt man unter anderem für die FARC und damit für Santos und für eine von ihm geplante Steuerreform.“ Von NGOs und Wissenschaftlern wurde das Votum generell als „Sieg der Rechten beziehungsweise der städtischen Eliten über den Frieden begriffen“ und als „Zeichen für eine tief fragmentierte Gesellschaft“ gedeutet, so Bayr.

Die SPÖ-Politikerin sah aber auch eine Parallele zur Brexit-Abstimmung in Großbritannien: „Sehr viele dürften nicht zur Abstimmung gegangen sein, weil alle davon überzeugt waren, dass die Befürworter ohnehin eine satte Mehrheit haben werden.“ Die hohe Wahlenthaltung werde in Kolumbien aber auch damit erklärt, „dass die meisten zwar für den Frieden, nicht aber für Santos sind.“ Darüber hinaus scheinen nach Bayrs Erfahrung „viele zu meinen, dass es abgesehen vom Frieden sehr viele andere Probleme in Kolumbien gibt.“ Die Lösung dieser einen Komponente alleine werde deren Meinung nach aber nicht viel helfen, „um das Land aus dem ganzen Schlamassel zu befreien.“

Als einen „großen Erfolg der Frauenbewegung“ ortete Bayr, dass ein Absatz die spezielle Rolle weiblicher Opfer und deren Anspruch auf Wiedergutmachung unterstreicht. In diesem Absatz gibt es offensichtlich auch einen Passus zu den Rechten von Lesben, Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI). Auf diesen hat sich die katholische Kirche bezogen und aufgrund „ideologischer“ Vorbehalte ebenfalls gegen den Friedensvertrag mobil gemacht.

